

HELGE MEVES/TOBIAS SCHULZE

BETRIEBSSYSTEME UND DIE KRISE DER DEMOKRATIE: WAS LERNEN WIR AUS DEM AUFSTIEG DER PIRATEN?

Häufig wird den Piraten vor allem eine Rolle als zentraler netzpolitischer Akteur zugeschrieben. Auch gelten sie als Vertreter eines moderneren Liberalismus. Die Piraten beschreiben sich selbst als ideologiefrei und jenseits der klassischen Links-rechts-Koordinaten des politischen Systems verortet. Das Erstarken der Piraten ist aber vor allem als spezifisches Phänomen des deutschen Parteiensystems in einer zunehmend differenzierten Gesellschaft und als Ausdruck der gegenseitigen Entfremdung von Parteien und Bürgerinnen und Bürgern zu analysieren. Zudem wurzeln ihre politischen Werte, Konzepte und das Organisationsverständnis in Kulturtechniken des Internet. Insofern wirft der Erfolg der Piratenpartei für ihre politische Konkurrenz viele Fragen auf.

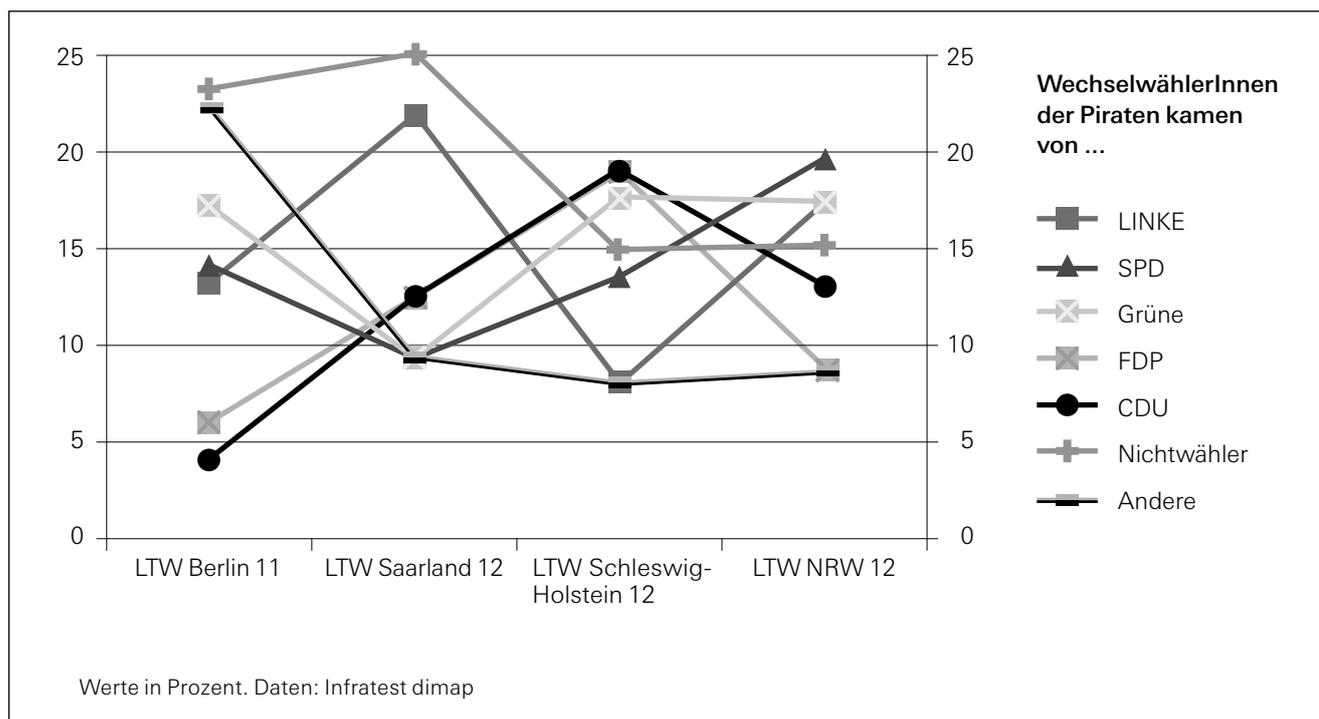
1 PIRATEN IM HYPE

Kleine Oppositionsparteien sind Projektionsflächen für Unzufriedenheit. Neben einer tendenziell sinkenden Wahlbeteiligung hat es auf Bundesebene in den vergangenen Jahren verschiedene Phasen gegeben, in denen kleinere Parteien erfolgreich waren. Davon profitiert haben wechselweise verschiedene Parteien, darunter auch DIE LINKE. Diese Konjunkturen speisen sich aus wachsenden, mobilen Wählermilieus, die aus Unzufriedenheit mit den etablierten, insbesondere den beiden großen Parteien und mit der demokratischen Verfasstheit der Bundesrepublik ihre Wahlentscheidung treffen.

Diese Milieus sind je nach Region und Zeitpunkt unterschiedlich zusammengesetzt. Während in einigen Regionen viele Selbstständige und auch Besserverdienende zur Anhängerschaft zählen, bestehen sie aus andernorts vor allem sozial benachteiligten Personen und gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten.¹ Auch bei den Piraten geben die Wählerbewegungen Hinweise auf diese regionalen Unterschiede: Ehemalige Wählerinnen und Wähler der FDP, der Grünen, der LINKEN, der CDU und der SPD sowie Nichtwählerinnen und -wähler, ebenso wie die Anhängerschaft kleiner Parteien, stellen in sehr unterschiedlichen Gewichtungen und differierend von Bundesland zu Bundesland das Potenzial der Partei (siehe Grafik). Setzt man die absoluten Wählerwanderungen der vier Landtagswahlen 2012 ins Verhältnis zu den Stimmanteilen der Parteien bei den letzten Wahlen, zeigt sich, dass DIE LINKE und FDP sowie kleinere Parteien die meisten Stimmen an die Piraten abgaben, gefolgt von Grünen, SPD und CDU.

Nachwahlumfragen zeigen, dass die Wählerinnen und Wähler der Piraten nur wenig über die Positionen der Partei wissen. Ausschlaggebend ist für sie das Image der Piraten als junge, unverbrauchte und nicht korrumpierte Partei.² Einige häufig in den Medien vertretenen Piraten wie die ehemalige Geschäftsführerin Marina Weisband oder die beiden Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses Martin Delius oder Christopher Lauer bestätigen diesen Eindruck, ebenso wie der Auftritt der Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, die durch polemische, aber auch intelligente Angriffe gegen die Regierungspolitik des schwarz-roten Senats auffällt. Der Durchbruch bei den Wahlen in Berlin und die Wahlerfolge bei den drei darauffolgenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Schleswig-Holstein hatten spezifische Gründe, die durchaus temporären und auch regionalen Charakter tragen. Im Sommer 2012 werden allerdings angesichts des realen Handelns der neu eingezogenen Fraktionen und des wenig überzeugenden Auftretens des Bundesvorsitzenden Bernd Schlömer sowie des Geschäftsführers Johannes Ponader in der Öffentlichkeit die Begrenzungen der neuen Partei augenfällig. Die Umfragewerte fallen, und vieles spricht dafür, dass der Hype erst einmal vorüber ist.

¹ Vgl. insbesondere zu den Piraten die laufenden Untersuchungen von Stephan Klecha «Vollkraft voraus. Die Piratenpartei vor dem Wahljahr 2013»; Präsentation an der Georg-August-Universität Göttingen am 18.7.2012. Entsprechende Angaben sind auch in den Wahlanalysen von Benjamin Hoff und Horst Kahrs zu finden: <http://www.rosalux.de/parteien-demokratie/wahlanalysen.html>. ² Vgl. ARD-Deutschlandtrend April 2012 sowie Nachwahlumfragen von Infratest dimap unter stat.tagesschau.de.



Die Piraten hatten seit den Bundestagswahlen 2009 bis zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin im September 2011 Wahlergebnisse von konstant zwei Prozent. An diesem Stammwählerstammbaum ist vor allem bemerkenswert, dass es keine regionalen Hochburgen oder Kellerbezirke gibt. Ob großstädtische Milieus oder ländliche, ob sozialstrukturell reiche oder ärmere Regionen, ob eine höhere oder niedrigere Dichte der Internetanschlüsse pro Kopf – die Ergebnisse variieren kaum. Allein das unterscheidet die Piraten von verschiedenen Wählerbündnissen und Parteien, die in den letzten Jahren über ein bis zwei Legislaturperioden regional erfolgreich waren, wie etwa der Schill-Partei in Hamburg oder den Republikanern in den 1990er Jahren in Baden-Württemberg. Die Piraten haben eine – wenn auch unter der Fünf-Prozent-Hürde zu verortende – bundesweit stabile Wählerbasis.

2 DER POLITISCHE KERN: KRISE DER DEMOKRATIE UND REPRÄSENTANZ

Die Piraten nehmen eine weitverbreitete Vorstellung von der Krise der Demokratie und Repräsentanz auf. Das Ansehen der Parteiendemokratie sinkt seit Jahren; sie wird von vielen als fachlich unfähig und korrupt wahrgenommen. Jedes aus der Planung laufende größere Infrastrukturprojekt, die Probleme des Renten- und Gesundheitssystems, nicht enden wollende Militäreinsätze und anderes mehr liefern immer neue Nahrung für diese verbreitete Meinung. Im Gegenzug gewannen mit der Ausweitung der globalisierungskritischen Bewegung und weiterer Formen zivilgesellschaftlichen Engagements repräsentations- und demokratiekritische Organisationsformen an Attraktivität. Sie bieten umfangreichere Möglichkeiten der Mitwirkung und Partizipation und sprechen besonders system- und politikkritische Menschen an.

Infolge dieser Entwicklungen haben sich die Einstellungen der Deutschen zur Demokratie in den letzten Jahren gravierend gewandelt. Demokratische Grundprinzipien wie Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit stellen für die meisten einen unangefochten hohen Wert dar. Aber schon die Haltung gegenüber demokratischen Tugenden wie Toleranz, Fair-

ness, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit hat sich verändert. Noch viel mehr ist die demokratische Gesellschaft in Hinsicht auf Parteiendemokratie, das parlamentarische Aushandeln gesellschaftlicher Konflikte und seine Politikerinnen und Politiker in die Kritik geraten.

Die These «Die Demokratie macht aus, dass regelmäßig freie und geheime Wahlen stattfinden» halten 53 Prozent der Befragten für «sehr wichtig», und genauso viele schätzen ein, dass das auf die realen Verhältnisse «voll und ganz zutrifft». Die These «Die Demokratie macht aus, dass die Bürger politisch informiert werden, dass sie sich an der Politik beteiligen können» halten 46 Prozent für «sehr wichtig», aber nur neun Prozent sehen, dass das «voll und ganz zutrifft». Und die These «Die Demokratie macht aus, dass die gewählten Politiker ihre Politik weitgehend an den Wünschen der Bürger ausrichten» halten 53 Prozent für «sehr wichtig», aber nur sieben Prozent sind der Meinung, dass das auch «voll und ganz zutrifft».³

Besonders kritisch sehen die demokratische Praxis 63 Prozent der Arbeitslosen, 63 Prozent der Befragten aus Hartz-IV-Haushalten und 60 Prozent aus Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 700 Euro. Der Publizist und Politikwissenschaftler Serge Embacher macht deutlich, dass diese Änderungen in den letzten Jahren auf die Sozialstaatsreformen der Agenda 2010 zurückgehen: «Das Reformpaket wurde in klassischer Top-down-Manier ohne breit angelegte Beteiligung durchgesetzt und steht zudem für eine Verschärfung der sozialen Differenzen und Verwerfungen.»⁴

Vernetzte statt vergesellschaftete Individuen

Die Attraktivität der Piraten bei Wählerinnen und Wählern wird bisher nicht durch eine stringente und konsistente «Erzählung» und auch nicht durch konkretes Handeln der Partei untersetzt. Die Piraten bestehen aus vielen Flügeln und Grup-

³ Embacher, Serge: Einstellungen zur Demokratie, in: Mörschel, Tobias (Hrsg.): Demokratie in Deutschland: Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Wiesbaden 2012, S. 71–92. ⁴ Ebd.

pen, die in sich sehr gut vernetzt sind. Während einzelne Akteure (etwa aus Berlin) eher dem anarcho-linken Spektrum zugeordnet werden können, sind vielfach auch rechte Positionen vertreten. Ein größerer Teil der Parteimitgliedschaft verortet sich in der Tradition grünen Eigenimages als «weder links noch rechts, aber vorne». Es ist offen, welche der Parteiflügel die inhaltliche Ausrichtung der Piraten bestimmen werden. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie mit aus ihrer Sicht überholten Ritualen und Regeln des etablierten Parteiensystems brechen wollen und daraus ihre Attraktivität und ihr nach innen verbindendes Element schöpfen.

Internetgestützte Protestaktionen

Die wenig entwickelten Vorstellungen der Piraten über differierende Interessen von Starken und Schwachen in einer Gesellschaft und ihrer Vertretung basieren auf der Kultur der internetorientierten Vorstellung von Gesellschaft und politischem Protest. Die für die Piraten relevanten politischen Aktionen im Internet vollziehen sich oft in Form kurzzeitiger kampagnenförmiger Proteste ohne ausgereifte politische Ideologien und Konzepte, wie etwa bei der Acta-Kampagne oder bei politischen Protestaktionen in sozialen Medien (etwa «Shitstorms»).⁵ Die Akteure nehmen als vernetzte Individuen daran teil, ohne die jeweiligen Aktionsformen zu versteigen. Infolge dieser Kulturtechniken ist den Piraten die Vorstellung einer politischen Interessenvertretung fremd, wie sie etwa Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Vereine und Parteien leisten. Zugleich teilen sie bekannte Dilemmata einer auf Freiwilligkeit und Aktivität beruhenden Organisation, die demokratische Gleichheitsvorstellungen wegen der ungleich besseren Ressourcenausstattung der Aktivbürgerschaft unterlaufen und den Ausschluss von Minderheiten und unteren Schichten, deren Themen und Bedürfnisse verstärken.

Die Gesellschaft generell erscheint auf der Grundlage dieser Kulturtechniken als eine Sammlung vernetzter Individuen ohne gesellschaftliche Konfliktlinien. Deutlich wird dies unter anderem bei ihren Positionen zum Urheberrechtsschutz, bei denen sich die Piraten erst langsam an eine konsistente Position zwischen den Interessen der Mediennutzer, der Kreativen und der Verwertungsindustrie heranarbeiten. Ihr von Interessengegensätzen abstrahierendes Grundverständnis politischer Prozesse versperrt den Piraten aber auch den Zugang zu potenziellen Bündnispartnern, mit denen sie ihre Vorstellungen durchsetzen könnten. Auf diese gravierende strategische Unbestimmtheit sind die Piraten anzusprechen: Mit wem wollen sie bezüglich welcher gesellschaftlicher Konfliktlinien wie Bündnisse eingehen?

Ein neues Betriebssystem statt eines Programms für die Politik

Kaum eine Äußerung machte eine solche Karriere wie das Statement der ehemaligen Politischen Geschäftsführerin Marina Weisband in der Bundespressekonferenz am 5. Oktober 2011: «Wir wollen die Antworten von den Leuten. Wir wollen sie prinzipiell involvieren. Und in diesem Sinne haben wir eigentlich nicht bloß ein Programm anzubieten, sondern ein Betriebssystem.»⁶

Diese Formulierung spielt nicht nur mit einem technischen Modewort, sondern setzt auch das zugrunde liegende technische Verständnis voraus: Ein Betriebssystem entlastet die Anwender davon, sich mit den Details der Hardware beschäftigen zu müssen. Es verwaltet die auf dem Rechner ablaufenden Prozesse und ist insofern ein Mittler zwischen den

physikalischen Bestandteilen und den auf ihnen ausgeführten Programmen.

Die Piratenpartei will gemäß dieser Metapher zwar nicht auf ein Programm verzichten, möchte aber gleichzeitig mehr als ein Programm. Das politische System der Bundesrepublik ist in dieser Metapher die Hardware. Die institutionellen Rahmenbedingungen wie Parteiendemokratie, Lobbyverbände, soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Verfahren und gesetzlichen Regelungen sind quasi Anwendungsprogramme. Mit der Metapher vom neuen Betriebssystem ist gemeint, diese Anwendungsprogramme neu zu konfigurieren und transparent zu machen, um so das politische System zu verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger selbst sollen diese Programme optimieren bzw. neu erarbeiten. Dafür sind die Piraten lediglich Mittler.

Diese Vorstellung von Politik geht in ihren technisch verstandenen Anlagen auf. Die kritisierte postdemokratische Herrschaft von Technokraten soll durch selbstständige Beherrschung und Neuentwicklung von Technologien ersetzt werden, die allen gleich zugänglich sind und Teilhabe ermöglichen.

Schwarmintelligenz und die Weisheit der vielen

Eine der beiden Grundpositionen, die den Piraten zugeschrieben werden, liegt im Versprechen einer neuen Transparenz, Partizipation und Mitbestimmung in der Politik. Der und die Einzelne soll, so das Versprechen, nicht mehr einem mehr oder weniger hermetischen Apparat gegenüberstehen, der sein Herrschaftswissen verwaltet und eigene Selbsterhaltungsinteressen verfolgt. Das Versprechen lautet, dass Bürgerinnen und Bürger (auf digitalem Weg) alle relevanten Informationen aus Parlamenten, Verwaltungen und Behörden bekommen und direkt auf politische Prozesse Einfluss nehmen können. Erstere Position kann nur in Parlamenten erfolgreich verfochten werden, in denen die Piraten selbst nun auch Begrenzungen und Widerstände erfahren. Mitbestimmungsmöglichkeiten symbolisieren sie vor allem innerparteilich mit ihrer Liquid Software sowie mit offenen Parteitagungen für alle Mitglieder.

Die Organisationsform für die Gewinnung neuer Erkenntnisse ist für die Piraten die Schwarmintelligenz im Sinne einer Weisheit der vielen. Zur Erklärung dieser Organisationsform wird gern die Geschichte von einer Gewichtsschätzung auf einem Viehmarkt erzählt. Darin versucht eine Reihe von Leuten, das Gewicht eines Ochsen zu schätzen, und es zeigt sich, dass der Durchschnitt der Schätzung im Allgemeinen zuverlässiger ist als die Schätzung irgendeines Einzelnen. Die Schätzfehler der Einzelnen gleichen sich gegenseitig aus: Das ist die Weisheit der vielen oder die Intelligenz des Schwarms. Einige Teilbereiche der Demokratie, Kooperationsprozesse in der Wissenschaft, statistische Modelle oder eine tatsächlich unabhängige Presse sind vergleichbar organisiert.

Das Viehmarkt-Beispiel ist plausibel, sofern die Weisheit der vielen als ein Werkzeug zur Erfüllung bestimmter Aufgaben genutzt wird. Wie das Austarieren von Werten auf Aktienmärkten seit der Tulpenspekulationsblase in den Niederlanden 1637 bis zu allen neueren Krisen zeigt, gibt es für das offensichtliche Versagen dieses Werkzeuges allerdings

⁵ Baringhorst, Sigrid/Yang, Mundo: Protestkulturen und Parteigründungen – das Beispiel der Piraten, in: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hrsg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S. 187–198. ⁶ Marina Weisband in der Bundespressekonferenz am 5.10.2011: http://www.n24.de/mediathek/video_1256171.html

Beispiele genug. Insofern ist die Schwarmintelligenz nur eine mögliche Form des theoretischen Verhältnisses zur Welt. Schwarmintelligenz als praktisches Verhältnis zur Welt wirft ganz andere Fragen auf als die nach Flashmobs und Shitstorms, Trollen und Mobbing. Dieses Werkzeug kann also je nach Bestimmung der Aufgaben und regulierend einschränkender Verfahrensvorschriften etwa zum Schutz von Minderheitenmeinungen geeignet oder fehlbar sein. Neue Ideen entstehen durch sie nicht, im Gegenteil, jedes Onlinering über beste Filme oder Bücher, interessanteste Fragen oder innovativste Kunst belegt die Tendenz zur Einebnung und Gleichmacherei.⁷ Es ist schlichtweg etwas anderes, das Gewicht eines Ochsens zu schätzen, als ihn von einer Krankheit zu heilen oder einen Ochsens zu züchten.

Wissenspolitik und Commons/Gemeingüter

Die «Freiheit von Wissen und Information» und der Zugang zu Gemeingütern ist die zweite Grundfigur der Piratenerzählung. Das erwähnte Transparenzversprechen ist ebenso Teil dieser Erzählung wie das Bereitstellen von öffentlichen Grundgütern als Reaktion auf die Deregulierung zur neoliberal umgestalteten Gesellschaft. An erster Stelle findet sich dabei bei den Piraten die Ressource Wissen, dessen Entstehung und Eigenschaften die Piraten als öffentliches Gut beschreiben. Wissen widersetzt sich privater Aneignung, und ein möglichst freier Zugang zu Wissen wird als gesellschaftlich gewinnbringend eingeschätzt. Deshalb sind der privaten eigentumsrechtlichen Aneignung von Wissen, Information und immateriellen Gütern enge Grenzen zu setzen. Als Beispiel kann hier die Debatte um das Urheberrecht angesehen werden, bei der die Piraten keine führende Rolle spielten und spielen, ihnen aber trotzdem der Status des Impulsgebers zugesprochen wird und sie auch den überwiegenden Teil der Kritik aus Medienindustrie und Urheberszene auf sich zogen.

Das mangelnde Verständnis von Umverteilung wird bei den Piraten aus den Vorstellungen über Gemeingüter oder Commons in der Internet- und Informationsgesellschaft abgeleitet. Es orientiert sich an der Open-Source-Programmierung und an der kollektiven Erstellung von Kreativgütern und basiert auf dem einfachen Grundsatz «Wer aus den Commons schöpft, muss zu den Commons beitragen». Das bedeutet weiter, keinen Nutzungsberechtigten auszuschließen, sondern mit gemeinsam zu nutzenden Ressourcen individuelle Bedürfnisse zu befriedigen. Dieser Gemeingüterdiskurs wird auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen: So wird ein entgeltfreier öffentlicher Nahverkehr als Möglichkeit egalitärer Teilhabe und freier Mobilität im urbanen Raum gesehen.

Mit der von den Piraten geführten Debatte um ein Grundeinkommen sind ein Teilhabe- und ein Selbstbestimmungsversprechen verknüpft. Diese Versprechen, die einen Mindeststandard für ein menschenwürdiges Leben enthalten, erscheinen in Zeiten der galoppierenden gesellschaftlichen Exklusion lebensnäher als Abwehrkämpfe gegen die Erosion sozialpartnerschaftlicher Kompromisse.

Die beiden Versprechen sind daher sowohl attraktiv für jüngere Menschen, denen eine Integration in die schrumpfenden Kernbelegschaften mit unbefristeten Verträgen und guten Einkommen dauerhaft verwehrt bleibt, wie auch für die wachsende Zahl an Wissensarbeiterinnen und Kreativen, die in immer prekäreren Verhältnissen wichtige Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen und auf mehr Selbstbestimmung hoffen.

Gerade das Visionäre, wenn nicht Utopische von Ansätzen wie einem entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr oder einem Grundeinkommen macht die Piraten für viele Wählerinnen und Wähler attraktiv. Die Piraten haben allerdings noch keine Konzepte vorgelegt, wie diese Forderungen realisiert werden können, wie sich die Elemente des Visionären mit Umverteilungs- und Regulierungsfragen verbinden lassen, geschweige denn wie diese Debatten zu führen sind. Dazu bräuchte es Vorstellungen darüber, wie die Wirtschaft entwickelt werden und vor allem wie eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erfolgen soll.

Postideologie und Pragmatismus als Attraktion und Vorteil der Piraten im Parteienwettbewerb

Die Unentschiedenheit der Piraten in politischen Grundsatzfragen muss für die Piratenpartei kein Nachteil sein. Ein Teil der Wählerinnen und Wähler sieht in den Sprachstilen, Abgrenzungsritualen, Tabulinen und in der Symbolpolitik der klassischen Parteien ein Zeichen für die Abgehobenheit des politischen Systems, das an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbeigeht. Deren Lebenswelt strukturiert sich nicht in den Konflikt- und Abgrenzungslinien der Parteipolitik, schon gar nicht nach geschlossenen Weltbildern weltanschaulich bestimmter Szenen. Sie entscheiden vielmehr nach traditioneller Verbundenheit und Werteidentität (Stammwählerschaft) oder im Falle der Wechsel- und Neuwählerschaft nach Zuschreibungen, Images, Personen und konkreten Aussagen und Positionen.

Für die Wählerinnen und Wähler der Piraten sind Naivität, Pragmatismus und die Unbekümmertheit, mit der die Piraten Politik begegnen, ihrer eigenen politischen Herangehensweise sehr ähnlich und daher verständlich und attraktiv – vor allem bei Jüngeren. Unattraktiv hingegen werden Parteien wahrgenommen, die auf sich schnell verändernde gesellschaftliche Realitäten zu langsam reagieren oder nur parteipolitisch motivierte, aus dem Alltagsbewusstsein heraus unverständliche oder mehr oder weniger ideologisch begründete Antworten finden.

Die Piraten reflektieren mit ihrer «unideologischen», «weder links noch rechts» Herangehensweise ein relevantes Unbehagen in der Bevölkerung an solchen politischen Entscheidungen, die als unsachgemäß, weil ideologisch borniert oder eigenmotiviert wahrgenommen werden. Vor dem Hintergrund, dass Ideologien als veraltet erscheinen, können klassische Sozialstaatsvisionen für Menschen in alltäglichen prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse keinen praktischen Halt mehr bieten.

Die Kritik der Piraten an althergebrachten Ritualen des Parteiensystems ist richtig, muss aber weitergetrieben werden. Bleibt sie in einer «unideologischen» Herangehensweise stecken, die scheinbar weder links noch rechts kennt, verkennt sie die unterschiedlichen Möglichkeiten von Teilhabe und Selbstbestimmung der Stärkeren und Schwächeren. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und die aktuellen Auseinandersetzungen darum, wer die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise tragen soll, machen deutlich, dass es Gewinner und Verlierer innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Schuldner- und Gläubigerstaaten gibt. Die Piraten tragen zur Erhellung dieser Fragen nichts bei.

⁷ Lanier, Jaron: Gadgets. Warum die Zukunft uns noch braucht, Frankfurt am Main 2010, S. 79 ff.

Trotzdem sind die Piraten als positive Besonderheit des deutschen Parteiensystems gegenüber den anderen Parteiensystemen in Europa einzuordnen. In der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich in etlichen Ländern rechtspopulistische und radikal rechte Parteien etabliert bzw. an Einfluss hinzugewonnen. In Deutschland hingegen ist mit den Piraten eine Partei erfolgreich, in der relevante Teile mit ihrem inklusiven Gesellschaftsmodell eine Hegemonie gegen Rechtspopulismus und -extremismus stärken. Die Auseinandersetzung mit den Piraten sollte dem Rechnung tragen, sie nicht in eine entsprechende Richtung drängen oder sie gar dort verorten. Kampagnen wie die der LINKEN im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein «Keine Stimme den Nazis, egal unter welcher Flagge sie segeln!» sind kontraproduktiv und schlagen auf die Urheberin selbst zurück.

3 WAS KANN FÜR LINKE POLITIK GELERNT WERDEN?

Eine Erkenntnis aus der Attraktivität der Piraten könnte lauten, sich weniger mit weltanschaulich begründeten als vielmehr mit interessegeleiteten Initiativen, Projekten und Kampagnen in den politischen Diskurs zu begeben – natürlich ohne in prinzipienlosen Populismus zu verfallen. Dazu gehört es, zu gesellschaftlichen Konflikten linke Antworten zu entwickeln, statt sich umgekehrt erst auf ein zu erreichendes Ziel festzulegen, um danach gesellschaftliche Konflikte im Sinne dieses Ziels zu instrumentalisieren.

Benötigt wird neben einer klaren Analyse von Zielgruppen und Bündnispartnern die Abkehr vom Glauben, dass fachpolitische Kompetenz oder die glaubwürdige linke Position jeweils für sich ausreichend sind für Akzeptanz, Zustimmung und Erfolg. Bisher mangelt es der Linkspartei vor allem an Kommunikations- und Handlungskompetenz.

Die Lösung erscheint banal: die Entwicklung von Strategien für einen verstärkten Austausch mit der Gesellschaft und die Vernetzung mit ihren Strukturen. Linke Politik muss noch stärker von den Adressaten her und vor allem mit ihnen gedacht werden. Entwickelt sich DIE LINKE kooperativ mit Bündnispartnern, ihrer Wählerschaft und ihren Mitgliedern? Wird ihre Sprache verstanden? Zeigt sie sich offen für Kritik und Feedback, und nimmt sie diese ernst? Sind ihre Äußerungen und Positionen interessant – auch für Journalistinnen und Journalisten? Vermittelt sie wirklich den Eindruck, ihre Vorhaben in die Tat umsetzen zu wollen? Sind ihre Ziele unterschieden und glaubwürdig genug, um Bündnisse zu schließen und sich auf Kompromisse einzulassen?

Die Topoi Entschiedenheit, Profilierung und Glaubwürdigkeit verweisen auf das Spannungsfeld von pragmatischer Politik, dem notwendigen Einhalten von Regeln auf der einen und dem Durchbrechen dieser Regeln des Parteiensystems auf der anderen Seite: Auch DIE LINKE muss als Projektionsfläche für Hoffnungen auf «das ganz andere» und für den Protest gegen die «Etablierten» stehen. Nonkonformität, Glaubwürdigkeit und Widerständigkeit sind Werte, die einer radikalen Realpolitik nicht widersprechen, sondern diese durch klug dosierte Symbolpolitik, durch spannende und überraschende Kampagnen und einen insgesamt offenen, kämpferischen, aber auch lebensbejahenden Habitus untersetzen und illustrieren. Die Piraten leben derzeit stark von diesem Image. Die Frage, ob der LINKEN dieses «Storytelling» gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie auch Medienvertreterinnen und -vertreter ansprechen und überzeugen kann und ob sie im persönlichen Umgang wie im Internet

mehr Breite und Tiefe in der schnellen, persönlichen und direkten Kommunikation erreicht.

Zum Thema der Commons hat DIE LINKE bereits Ideen entwickelt und sie zum Teil in ihre Debatten aufgenommen. Mit ihrer Kompetenz in Fragen der Verteilung und des Eigentums könnte sie sich für die politische Umsetzung dieser Ideen qualifizieren. Die Debatten zu den Gemeingütern der Gesellschaft sind immer auch Debatten um die konkrete Ausgestaltung des Sozialstaats, der Wirtschaftsdemokratie und der öffentlichen Daseinsvorsorge, damit sie den heutigen Bedürfnissen gerecht werden. Ihre Ergänzung um die Aspekte des Egalitären, der Offenheit und der Bedingungslosigkeit verweist auf veränderte ausdifferenzierte Bedürfnislagen, deren Heterogenität die Lebenswelt vieler Menschen prägt.

Individualität und Mobilität sind besonders für junge Menschen zu Grundwerten geworden und passen nicht mehr zu klassischen Lebens- und Biografiemustern, Normalarbeit ist längst zur Ausnahme in einer ausdifferenzierten Arbeitsgesellschaft mit neuen Beschäftigungsformen geworden.

DIE LINKE sollte diese Entwicklungen zur Kenntnis nehmen und strategisch bearbeiten, wenn sie den Nährboden nutzen will, auf dem die Piraten ihre Akzeptanz gewonnen haben.

DIE LINKE sollte in diesem Zusammenhang auch ihre steuerpolitischen Vorstellungen und ihren politischen Schwerpunkt der Stärkung des Öffentlichen herausstellen. Ihre Konzepte etwa gegen die Privatisierung von Stadtwerken und Krankenhäusern und für Formen solidarischer Ökonomie gehen weit über die Vorstellungen der Piraten hinaus. Die von den Piraten entwickelten Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens sind hinsichtlich ihrer differierenden Höhen daraufhin zu befragen, ob sie überhaupt Teilhabe und Selbstbestimmung in der Gesellschaft ermöglichen können.

DIE LINKE sollte zudem das den Piraten zugeschriebene Offenheits- und Demokratieversprechen aufnehmen und einlösen. Dabei sind Offenheit, Transparenz und Partizipation notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für eine Demokratie.

Demokratie lässt sich nicht auf die Frage des «alle sollen gleichberechtigt mitreden dürfen» reduzieren, sie ist auch konfrontiert mit dem Problem struktureller Ungleichheit im Zugang zu Informationen, Netzwerken und Diskursen. Die immer geringer oder nicht mehr Beteiligten müssen gestärkt werden, wenn die Krise der Demokratie und Repräsentation gelöst werden soll.

Dass auch hinsichtlich Transparenz und Mitbestimmung die Zuschreibungen für die Piraten weit über dem liegen, was sie bisher tatsächlich politisch leisten, stellt eine Chance besonders für DIE LINKE dar. Das von der neuen Parteiführung der LINKEN vorgelegte 120-Tage-Programm beinhaltet als einen Schwerpunkt «eine Offensive für das Öffentliche». Bislang wird hier vor allem die Eigentums- und Zugangsfrage betont. Daneben müssen aber auch die Fragen von Transparenz und Mitbestimmung eine größere Aufmerksamkeit bekommen.

Helge Meves arbeitet im Bereich Strategie & Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

Tobias Schulze ist Referent für Forschungs- und Technologiepolitik bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Mitglied des Landesvorstands der LINKEN in Berlin. Er beschäftigt sich mit Fragen der Wissenspolitik und bloggt dazu unter digitale-linke.de.

STANDPUNKTE 2012

12/2012

MARKUS MOHR
Vier Tage im August

11/2012

ROLF REISSIG
Ein umstrittener Dialog und seine Folgen

10/2012

VOLKER EICK
Hier steuert der Staatsschutz

09/2012

HORST KAHRS/HARALD PÄTZOLT
Zurück zur Wählerschaft

08/2012

DOMINIC HEILIG/TORSTEN HASELBAUER
Griechenland – vor der Wahl ist nach der Wahl

07/2012

ETHAN YOUNG
Die gekaufte Schlammschlacht

06/2012

ISABEL ERDEM/WOLFGANG NEŠKOVIĆ
Sanktionen bei Hartz IV: unbedingt verfassungswidrig!

05/2012

MARIO KESSLER/KLAUS LEDERER
DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?

04/2012

RENÉ SCHUSTER
Braunkohlerepublik Brandenburg?

03/2012

ULRICH BUSCH
Finanzindustrie – Begriff,
volkswirtschaftliche Bedeutung, Kritik

02/2012

CHRISTOPH NITZ
Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht

01/2012

VORSTAND DES REPUBLIKANISCHEN
ANWÄLTINNEN- UND ANWÄLTEVEREINS
Rechtsstaat auf sächsisch

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-130 · Fax -122
heine@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: August 2012
Lektorat: Text-Arbeit, Berlin
Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling